

EDITORIAL



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

im September 2013 richtete unser Innenminister Boris Pistorius eine Experten-Gruppe zur Reform des Niedersächsischen Verfassungsschutzes ein. Der Auftrag war, auch vor dem Hintergrund der NSU-Mordserie konkrete Handlungsvorschläge für eine Reform des Niedersächsischen Verfassungsschutzes zu erarbeiten.

Ziel war und ist, das Vertrauen in den Verfassungsschutz zurückzugewinnen und zu stärken. Die Ergebnisse liegen nun vor. Aus dem Debakel bei der Aufklärung der Mordserie der rechtsextremen NSU kann es nur die Konsequenz geben, dass die Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsbehörden besser abgestimmt wird. Die Empfehlungen der Experten sehen deshalb auch vor, dass die Arbeit des Verfassungsschutzes transparenter wird, und die Rechte des Niedersächsischen Landtages ausgeweitet werden.

Kurzum: Die Arbeit der Verfassungsschützer soll besser kontrolliert werden, die Maßnahmen, wie der Einsatz von V-Leuten, müssen so durchschaubar sein, wie es für einen Geheimdienst möglich und nötig ist.

Mit den vorliegenden Handlungsempfehlungen ist ein wichtiger Schritt getan. Der nächste wird sein, das Verfassungsschutz-Gesetz in Niedersachsen an die Erfordernisse und Gegebenheiten unserer Zeit anzupassen.

Eure

Johanne Modder
Vorsitzende der SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

»INKLUSION KANN NUR GEMEINSAM GELINGEN«

HILDESHEIMER RESOLUTION SPD-Landtagsfraktion macht Inklusion bei Bildung zum Schwerpunktthema – »Lösungen am besten vor Ort finden«
Von Frank Jungbluth

Es ist ein Thema, das in Niedersachsen 35.000 Kinder betrifft: Wie können Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf in Regelschulen integriert werden, um gemeinsam zu lernen, sich zu entwickeln: Die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder erklärt im TiL-Gespräch, wie Inklusion in Niedersachsen gelingen kann.

TiL: Inklusion geht alle an. Weiß auch jeder, worum es dabei geht?

Johanne Modder: Das ist eine gute Frage, denn es gibt viele Aspekte von Inklusion in Bildung, die nicht einfach zu erklären sind. Das Thema Inklusion ist für die SPD und für mich persönlich ein Herzensanliegen. Wir haben die Pflicht, allen Menschen, allen Schülerinnen und Schülern gleichberechtigten Zugang zu ermöglichen. Das ist der Anspruch sozialdemokratischer Politik, das ist die Forderung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen und auch der erklärte Wille der Rot-Grünen Regierungskoalition.

TiL: Was sind die Voraussetzungen für gelungene Inklusion?

Johanne Modder: Entscheidend ist erst einmal der politische Wille, die Vorgaben an inklusive Bildung umzusetzen, Konzepte zu entwickeln und auch Mittel dafür einzusetzen. Das haben wir in Niedersachsen seit der Regierungsübernahme forciert und mit der Zukunftsoffensive Bildung auch das Geld bereit gestellt, um bei der Inklusion einen großen Schritt voranzukommen. Wir fangen nicht bei null an. Mit dem Start der inklusiven Schule am 1. August 2013 haben sich 30 Prozent der Schülerinnen und Schüler, die betroffen sind, mit ihren Eltern für den Besuch einer inklusiven Schule entschieden. Wichtig ist, dass wir der Vielfalt differenziert begegnen und berechnete Unsicherheiten bei den betroffenen Eltern ernst nehmen.

TiL: Die SPD hat in ihrer Hildesheimer Resolution von regionalen Lösungen gesprochen. Wie soll das gehen?

Johanne Modder: Die Anforderungen



und die Erfordernisse sind im ländlichen Raum andere als in der Großstadt. Wir haben, wenn man heute auf die Landschaft der Förderschulen schaut, Regionen mit einer großen Dichte und auch Gegenden mit wenigen oder gar keinen Förderschulen. So wird deutlich, dass auch die Inklusion, die am Ende das Ziel hat, dass alle Schülerinnen und Schüler eine Regelschule besuchen, regionale Konzepte braucht, die unsere aktive Unterstützung bekommen. Der Stand der Umsetzung ist heute sehr unterschiedlich. Deshalb kann man keine Schablone übers Land legen und sagen: So wird's überall gemacht.

TiL: Es gibt viele Fragen von Eltern und Lehrern zur Inklusion...

Johanne Modder: Entscheidend ist, dass wir nicht, wie Kritiker das gerne hätten, eine Schließungsdebatte um Förderschulen führen. Wir brauchen eine Debatte darüber, wie wir Inklusion gestalten wollen. Zum Beispiel: Die Grundschulen mit den Sprachheilklassen sind das Kernelement der Weiterentwicklung. Die Förderschulen mit den Schwerpunkten »Geistige Entwicklung«, »Körperliche und motorische Entwicklung« sowie »Hören und Sehen« können als Alternative zur inklusiven sonderpädagogischen Förderung weitergeführt werden. Am Ende soll das inklusive Bildungssystem in Niedersachsen gelingen. ■

Die inklusive Schule in Niedersachsen ist das Ziel: Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf sollen künftig in der Regelschule gleichberechtigt unterrichtet werden. Regionale Konzepte sind gefragt.

Foto: Shutterstock

KITA-GESETZ IN VORBEREITUNG

In Niedersachsen wird an einem neuen, modernen Kindertagesstätten-Gesetz gearbeitet: Man brauche den breiten Dialog zum neuen Kindertagesstätten-Gesetz, der begonnen worden ist, um gemeinsam mit Verbänden, Elternvertretungen, Vertreterinnen und Vertretern von Kommunen und Trägern sowie der Wissenschaft ein neues Kindertagesstätten-Gesetz (KitaG) zu entwickeln. »Das Gesetz muss nach 20 Jahren endlich verändert werden. Die Forderungen der Volksinitiative werden bei Vorbereitung des Gesetzes einbezogen«, sagt SPD-Bildungsexperte Claus Peter Poppe. ■

»6 MILLIARDEN EURO FÜR BILDUNG BRAUCHEN WIR«

KOALITIONSVERTRAG Landesgruppe der SPD-MdB aus Niedersachsen und Bremen tagt mit SPD-Fraktions- und Landesvorstand – Geld für frühkindliche Bildung gefordert *Von Frank Jungbluth*

Die SPD-MdB der Landesgruppe Niedersachsen/Bremen sind sich mit dem Vorstand der SPD-Landtagsfraktion und dem Landesvorstand Niedersachsen einig: »Die im Koalitionsvertrag im Bund vereinbarten sechs Milliarden Euro für Bildung brauchen wir. Dieses Versprechen ist wesentlich für die Finanzierung. Wir lassen uns nicht davon abbringen, dass es auch gehalten wird.«

»Wir fordern den Bund auf, die verabredeten Mittel für Bildung den Ländern zur eigenverantwortlichen Verwendung zur Verfügung zu stellen«, stellt die SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Johanne Modder, klar. Für Niedersachsen wären das 150 Millionen Euro im Jahr.

Einig waren sich die Mitglieder der Landesvorstände und Fraktionen aus Niedersachsen und Bremen darin, dass die Bundesländer vor unterschiedlichen Herausforderungen im Bildungsbereich



SPD-MdB Carsten Sieling und die SPD-Landtagsabgeordnete Renate Geuter. *Foto: Frank Jungbluth*

stehen. Dies entspreche auch den Verhandlungen zur Bildung der Großen Koalition, so Lars Klingbeil, Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen/Bremen: »Hier sollten bei der Förderung

nicht gleiche Mittel für alle gelten, sondern die Herausforderungen und Bedürfnisse der Länder berücksichtigt werden.« Niedersachsen braucht das Geld für frühkindliche Bildung. ■

SPD-VERKEHRSEXPERTEN FÜR LKW-MAUT AUF MEHR STRASSEN

VERKEHRSPOLITISCHE SPRECHERKONFERENZ Ausweitung soll Sanierungsstau lösen – Toll Collect neu strukturieren – Erhalt/Sanierung vor Neubau – Fachpolitiker fordern Sondervermögen für Bund und Länder

Von Florian Kollinger und Frank Jungbluth

Es ist ein klares Signal an den Bundesverkehrsminister und ein deutliches Signal an die Kommunen und Länder: Die verkehrspolitischen Sprechenden der Bundestagsfraktion sowie der Landtage, Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses in Berlin sind sich zum Abschluss ihrer Konferenz in Hannover einig, die Ausweitung der Lkw-Maut auch auf Bundes- und Landesstraßen auszuweiten.

Die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Kirsten Lühmann, und der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Gerd Will betonen: »Wir brauchen mehr Geld im System. Und wir wollen verhindern, dass der Lkw-Verkehr sich von den Autobahnen auf die Bundes- und Landesstraßen und dann weiter auf die Kreisstraßen verlagert. Diese Straßen sind nicht für Schwerlastverkehr ausgelegt.«

Klar sei, dass die lokale Wirtschaft für den Fall einer Maut-Ausweitung auf kommunale Straßen nicht über Gebühr belastet werden solle. »Es gibt technische Lösungen, mit denen man den Unterschied zwischen lokalem Verkehr – zum Beispiel zu Baustellen oder Unternehmen – oder dem tatsächlichen Maut-Fluchtverkehr unterscheiden kann«, erklärt SPD-Verkehrsexperte Gerd Will.

Der Zeitpunkt für die Umsetzung eines solchen Vorhabens sei günstig. Im August 2015 endet der Vertrag mit dem Maut-Konsortium Toll Collect. SPD-Verkehrsexpertin Kirsten Lühmann sieht darin einen großen Vorteil gegenüber einer Neuausschreibung. »Toll Collect könnte nach Auslaufen



des Vertrags in das Eigentum des Bundes übernommen werden. Damit schaffen wir eine Ausgangslage, die es ermöglicht, die Maut auf alle Bundesstraßen auszuweiten und – bei Bedarf und Einigkeit in der Sache – auch auf die Straßen von Ländern und Kommunen.«

Jüngste Diskussionen, so Lühmann und Will, machen deutlich wie sensibel das Thema ist und wie dringend Bürgerinnen und Bürger sowie Verkehrsteilnehmer eine Lösung erwarten.

Gerd Will: »Der Verfall kommunaler Straßen wird als Manko wahrgenommen und besonders für die Anbindung industrieller und wirtschaftlicher Standorte ist die Erhaltung der Verkehrswege von höchster Priorität. Starke Regionen brauchen eine starke Infrastruktur. Dabei gilt aber weiterhin: Erhalt geht vor Neubau.«

»Gemeinsam müssen Bund und Länder den Kommunen helfen. Nieder-

sachsen hat bereits 40 Millionen Euro aus dem Sondervermögen für Landesstraßen zur Verfügung gestellt, das ist der richtige Weg, aber nur der Anfang, der im großen Rahmen erweitert werden muss. Deswegen fordern wir für Bund und Länder ein verkehrsträgerübergreifendes Sondervermögen mit Zweckbindung«, so die verkehrspolitischen Sprechenden.

Für die Zukunft des infrastrukturellen Ausbaus ist der Bundesverkehrswegeplan entscheidend. »Verkehrsprognosen und Kriterien zur Bewertung der Maßnahmen müssen vom Bundesverkehrsminister endlich offengelegt werden, damit eine sachgerechte Priorisierung bei der Verteilung der Mittel durch die Länder und den Bund abgestimmt werden kann«, machen die SPD-Verkehrspolitiker Kirsten Lühmann und Gerd Will deutlich. ■

Die VerkehrsexpertInnen der SPD-Fraktion im Bundestag, der Landtage, Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses sind sich einig: Die Lkw-Maut muss auf mehr Straßen ausgeweitet werden. Hier bei der verkehrspolitischen Sprecherkonferenz Kirsten Lühmann (MdB), Gerd Will (MdL Niedersachsen) und die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder.

Foto: Frank Jungbluth

»GRUNDWASSER BESSER SCHÜTZEN«

NÄHRSTOFFMANAGEMENT SPD will Trinkwasser-Qualität sichern / Interessen der Landwirte berücksichtigen

»Wir brauchen in Niedersachsen ein ganzheitliches Nährstoffmanagement, um unser Grundwasser vor Verunreinigungen und Belastungen zu schützen«, sind sich die SPD-Agrarpolitiker Renate Geuter und Wiard Siebels einig.

Hintergrund: In Zukunft soll erfasst werden, wo wieviele Nährstoffe bzw. Dünger auf landwirtschaftliche Flächen im Land verbraucht werden. »Wir haben dringenden Handlungsbedarf«, beschreibt der agrarpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Wiard Siebels, die Situation. Die Nitratbelastung auf Grund- und Oberflächengewässer müsse deut-



Foto: Shutterstock

lich verringert werden. Das zu organisieren, ist die Herausforderung für einen effektiven Grundwasserschutz. »Ziel muss es sein, keine zusätzliche Bürokratie

ohne zusätzlichen Nutzen zu schaffen«, hat die SPD gemeinsam mit der Regierungsfraktion der Grünen und den Oppositionsfractionen von CDU und FDP in einem Antrag geschrieben, der im Mai-Plenum beraten wird.

»Der gemeinsame Antrag ist ein erster Schritt, der zeigt, dass es ein ›Weiter so‹ bei der Ausbringung von Dünger nicht geben kann«, macht die SPD-Agrarpolitikerin Renate Geuter deutlich. Es werde jetzt eine wichtige Aufgabe sein, gemeinsam mit Landwirten, Landvolk und Wasserverbänden gemeinsame Lösungen zum Schutz des Grundwassers zu finden. ■



Marco Brunotte Mdl,
Vorsitzender des Ausschusses
für Verfassungsfragen

Impressum

Herausgeber: SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

Verantwortlich:

Lars Wegener, Geschäftsführer der
SPD-Fraktion Niedersachsen

Mitarbeiter an dieser Ausgabe:

Frank Jungbluth, Nelly Schmitt,
Florian Kollinger, Clemens Wirries

Bildnachweis:

SPD-Fraktion,
Frank Jungbluth, Nelly Schmitt,
Thoralf Schleit, Shutterstock

Redaktionsschluss:

8. Mai 2014

Redaktion:

Frank Jungbluth,
frankjungbluth@lt.niedersachsen.de

Anschrift:

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
www.spd-fraktion-niedersachsen.de

Layout & Satz:

Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

VERFASSUNGSSCHUTZ WIRD TRANSPARENT UND MODERN

EXPERTENRUNDE Niedersächsische Behörde steht vor Reform – Konsequenz aus der NSU-Mordserie – Parlament und Ausschuss bekommen mehr Kontrolle – Gesetz wird novelliert
Von Frank Jungbluth

Ein Geheimdienst, der transparent wird: Das klingt paradox, ist aber eine der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie und den damit offenbar gewordenen Versäumnissen der Sicherheitsbehörden in Deutschland: In Niedersachsen hat Innenminister Boris Pistorius (SPD) schon wenige Monate nach Übernahme der Regierungsverantwortung durch Rot-Grün die wohl umfangreichste Reform des Niedersächsischen Verfassungsschutzes angestoßen.

Erste Ergebnisse hat eine Arbeitsgruppe mit Experten zu Handlungsempfehlungen zusammengefasst. Wichtige Punkte sind: Nach Auswertung der zur Verfügung gestellten Unterlagen und den in der Behörde selbst geführten Gesprächen sieht die Arbeitsgruppe für den Verfassungsschutz in Niedersachsen erheblichen Reformbedarf. Über die Änderung der gesetzlichen Grundlagen hinaus bedarf es auch organisatorischer Veränderungen in der Behörde selbst, stellen die Fachleute fest.



Foto: Shutterstock

Für die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder ist klar: »Mehr Transparenz und Öffentlichkeit, bessere parlamentarische Kontrolle – die Handlungsempfehlungen der Arbeitsgruppe zur Reform des Niedersächsischen Verfassungsschutzes sind eine hervorragende Basis für die nötige Neuausrichtung der Behörde.«

Für Johanne Modder und SPD-MdL Marco Brunotte, der Vorsitzender des Ausschusses für Verfassungsfragen ist, steht fest: »Wir haben endlich einen

Innenminister, der mit Blick auf neue Bedrohungen und die sich verändernde gesellschaftliche Situation in Niedersachsen nicht nur über eine Reform des Verfassungsschutzes redet, sondern auch handelt«.

»Die Anforderungen an die Mitarbeiter der Behörde, aber auch an die V-Leute in Diensten des Verfassungsschutzes haben sich verändert und werden sich weiter verändern. Dem muss die Behörde Rechnung tragen, indem Aufgaben und Arbeitsweise kritisch betrachtet und verändert werden. Dahingehend muss aber auch das Gesetz verändert werden«, sagt Brunotte. Die parlamentarische Diskussion darüber könne jetzt endlich beginnen«, macht Marco Brunotte klar.

Dazu gehöre auch eine bessere parlamentarische Kontrolle und Zusammenarbeit. Nichtöffentlichkeit bei Tagesordnungspunkten des Ausschusses für Verfassungsschutzfragen muss künftig gut begründet werden. »Das ist der Beginn einer neuen Zeit«, sagt Brunotte. ■

FRAKTION IN AKTION

Zu den Aufgaben der Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion gehören das Zuhören und die Kontaktpflege. Nur wer das Gespräch sucht, sein Ohr buchstäblich am Puls der Zeit hat, kann eine Politik verfolgen, die den Bedürfnissen der Menschen und den Erfordernissen der modernen Zeit gerecht wird. ■



SPD-FRAKTIONSVORSITZENDE JOHANNE MODDER GANZ OBEN: Beim »Talk auf dem Turm«, zu dem die Redaktion von RTL Nord seit einem Jahr regelmäßig herausragende Persönlichkeiten auf den Telemoritz am Hauptbahnhof in Hannover einlädt, hat die Johanne Modder über Persönliches und Politisches erzählt. Moderatorin Suana Meckeler und das TV-Publikum erfuhren so, warum die ostfriesische Heimat ihr wichtig ist, und Inklusion eine große politische Herausforderung. ■ Foto: Frank Jungbluth



DIE ARBEITSKREISE UMWELT der SPD-Landtagsfraktionen aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt haben in Wernigerode, der »Bunten Stadt am Harz«, über gemeinsame Umweltprojekte der benachbarten Bundesländer beraten. Themen unter anderem: Die Entwicklung des gemeinsamen Nationalparks Harz, des Biosphärenreservates Karstlandschaft Südharz, des Drömling sowie des Grünen Bandes entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. ■ Foto: Thoralf Schleit

SPD-LANDTAGSFRAKTION und Umweltverbände in Niedersachsen sind intensiv im Gespräch. Thema sind seit einigen Monaten die Fachgesetznovellen im Wasser- und Naturschutzrecht, die im Rot-Grünen Koalitionsvertrag festgelegt sind. Prof. Dr. Dr. Andreas Mengel von der Uni Kassel informierte beim Treffen von Umweltextperten der Fraktion mit Verbänden jetzt über Potentiale des Naturschutzrechtes. ■ Foto: Nelly Schmitt

